

pax info

70 April 2020



In Zeiten
der Pandemie:
Marc Stenger,
Co-Präsident Pax Christi
International zur
Corona-Krise

Zivile Alternativen zur EU-Aufrüstung

Bericht zur 14. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

Wege zu einer gerechten Weltwirtschaft

Strategien für eine Welt ohne Waffen von Wolfgang Kessler

Unter 18 nie!

Keine Minderjährigen in der Bundeswehr: Kampagne nimmt Fahrt auf

Inhalt

Aktuelles

In Zeiten der Pandemie **03**

Konferenzbericht

Zivile Alternativen zur EU-Aufrüstung? **04**

Würdigung

Wege zu einer gerechten Weltwirtschaft **06**

Spirituelles

Frieden durch Gerechtigkeit
in Palästina und Israel **08**

Jahresschwerpunktthema Nahost

Friedensarbeit vor Ort:
In Gaza-Sderot und in Bethlehem **10**

Unsere Kooperationspartner*innen

Unter 18 nie! Eine bundesweite Kampagne
nimmt Fahrt auf **12**

Portrait

Clara Immerwahr:
Idealistin und Kriegsgegnerin **14**

Neue Pressemitteilung

Rüstungsexporte –
(k)eine Frage der Abwägung? **16**

Schlaglichter

Stahlhelme zu Gölleschöpfern ... **17**

Service

Neuaufgabe „gewaltfrei wirkt“ **18**

Termine/ Impressum **19**

Editorial

Liebe Leser*innen,

die neuen Zahlen des renommierten schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI sind eindeutig: weltweit nehmen die Rüstungsexporte zu. Die USA, Russland, Frankreich, Deutschland und China sind in 2019 für gut drei Viertel der Rüstungsexporte verantwortlich. Deutschland steigert seine Rüstungsexporte um 17 Prozent. Von wegen restriktive Rüstungsexportpolitik.

Das Titelbild von pax info 70 zeigt die sogenannte Kanonenbrücke bei Wendlingen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs aus Geschützrohren gebaut wurde (vgl. S. 17). Mit anderen Worten: Kriegsgerät wurde hier nicht nur schlicht umgewidmet und irgendeiner praktischen Nutzung zugeführt, sondern diente sogar noch dazu, Brücken zu bauen, damit sich Menschen begegnen und austauschen können.

Um Schwerter in dieser Weise zu Pflugscharen zu machen, braucht es zuallererst, wie auch Papst Franziskus immer wieder betont, eine Überwindung der menschlichen Furcht, ein Überschreiten der Grenzen unserer engen (Denk-)Horizonte, um die Geschwisterlichkeit aller Menschen zu erkennen. Und dann ist es auch „keine Frage der Abwägung“ mehr (vgl. S. 16), ob wir Ressourcen nun für Aufrüstung (vgl. S. 4–5) oder für die Stärkung der Menschenrechte, der Solidarität zwischen Menschen und für globale Entwicklung aufbringen (vgl. S. 6–7).

In diesem Sinne möchten wir Sie an dieser Stelle insbesondere um Ihre Solidarität mit Blick auf unser Kooperationsprojekt mit Stop the Wall unter dem Titel „Jugend für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina und Israel“ bitten – der Projektflyer liegt dieser Ausgabe bei.

Nun wünschen wir eine anregende Lektüre mit der neuen pax info, verbunden mit dem Wunsch, die Menschen mögen den Krisen und dem Leid unserer Zeit, um nur die Verbreitung von COVID-19 oder den andauernden Krieg in Syrien zu nennen, mit gestärkter Solidarität und Menschlichkeit begegnen!

Pace e bene,

Ihr Redaktionsteam

Richard Bösch, Sabine Seebacher, Christian Turrey



In Zeiten der Pandemie

Wir erleben gerade, dass die Pandemie, die mit der Verbreitung des Coronavirus verbunden ist, starke Auswirkungen auf viele Aspekte des Zusammenlebens der Menschen hat und als solche auch pax christi und die katholische Soziallehre der Kirche betrifft. Viele denken bereits an die Zeit nach der Pandemie, als sei das eine Zeit, in der alles wieder so sein wird, wie es vorher war, in der wir das, was wir aufgeschoben haben, genießen werden – und das ist verständlich. Aber es ist wahrscheinlich und wir sollten hoffen, dass nach dieser harten Erfahrung nichts mehr so sein wird wie vorher. Wir alle müssen über die Zeit nach dem Coronavirus nachdenken und das nicht, indem wir einfach auf unsere bisherigen Grundsätze und Praktiken zurückgreifen.

Die Pandemie ist nicht nur ein gesundheitlicher Notfall. Sie beeinträchtigt und stört die sozialen Strukturen und verdeutlicht uns viele Schwächen unserer Lebensweise. Der enorme Einsatz des Gesundheitspersonals kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir einem solch schweren Sturm nicht gewachsen sind. Überdeutlich zeigen sich die Unzulänglichkeiten unseres Wirtschaftssystems, das Profitstreben absolut setzt und den Warenaustausch schon aus dem Gleichgewicht brachte, als dieser eigentlich hätte florieren sollen. Der Engpass bei der Produktion und Lieferung von Schutzmasken, den China glücklicherweise ausgleicht, ist nur ein Beispiel dafür. Das zeigt, wie berechtigt die in der Enzyklika in „Laudato Si“ dargelegte Kritik an einer Gesellschaft und einem System ist, das Eigennutz den Vorzug vor dem Gemeinwohl gibt.

Das Verhältnis von Mensch und Natur muss neu hinterfragt werden. Eine Form des „Naturalismus“ ließ uns vergessen, dass „alles miteinander verbunden ist“, dass wir Natur und Menschenleben nicht getrennt, sondern beides zusammen denken müssen, und das eine nicht retten können ohne das andere zu schützen. Wenn wir diese Krise nicht als Aufforderung verstehen, den Umgang miteinander zu reflektieren in Bezug auf Respekt und die Gestaltung der globalen Beziehungen, wenn wir nicht erkennen wie sie zurzeit auf Gewalt beruhen statt auf Dialog und Gewaltlosigkeit, dann wird uns diese Krise zu nichts Neuem führen. Jetzt geht es darum, die bestehende Art der Globalisierung zu hinterfragen, die den Mächtigen nützt, den Schwachen aber Ungerechtigkeit bringt, und die unter dem Vorwand trügerischer Sicherheit Gewalt einsetzt. Wir nehmen eine Denkart von Universalität wahr, die nur vorgibt Unterschiede zwischen den Nationen zu überwinden. Was wir brauchen ist die Umkehr zu einer Spiritualität, die wie Papst Franziskus sagt, den selbstbezogenen Egoismus der Menschheit überwindet.

Der 20. März 2020 war der siebte Jahrestag des Pontifikats von Franziskus. Während dieser sieben Jahre waren seine starken Worte und seine Demut ein lebendiges Zeichen des Evangeliums in Aktion. Mitten in der Krise erfahren wir eine Stimme, die glaubt, die hofft, die voller Liebe und Trost für alle ist, besonders für die Schwächsten. Papst Franziskus bittet um Gerechtigkeit, um Respekt vor den Kulturen und um die Anerkennung der Würde jedes Menschen. Und er schenkt uns „Laudato Si“ als Charta, die in der Ära nach dem Coronavirus mehr und mehr unsere Orientierung werden könnte.

Bischof Mgr. Marc Stenger, Co-Präsident von Pax Christi International, Co-Präsident Pax Christi International, äußert sich zur aktuellen Situation rund um die Verbreitung des COVID-19-Virus und den damit verbundenen Herausforderungen für die Zeit danach.



Bischof Mgr. Marc Stenger
Co-Präsident Pax Christi International



Zivile Alternativen zur EU-Aufrüstung?

Vom 28.–29. Februar 2020 fand in Stuttgart die 14. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden unter dem Titel „Frontex, Pesco und EU-Armee – oder zivile Alternativen zur EU-Aufrüstung?“ statt. Hier Auszüge aus dem Konferenzbericht von Renate Wanie (Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden), der auch im Friedenforum 3/2020 erscheint.

Die Entscheidung, Europa zum Thema der Strategiekonferenz zu machen, so Jens-Peter Steffen, Sprecher der Kooperation für den Frieden, in seiner Begrüßung, habe sich 2018 in Heidelberg auf einem Werkstatt-Treffen entwickelt. Die Richtung hieß ein „Friedensprojekt Europa“. Denn die militärische Aufrüstung der EU erhält wenig Beachtung. Fast alle EU-Staaten verpflichten sich z. B. regelmäßig ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen und sich an gemeinsamen Rüstungsprojekten zu beteiligen. Damit wird PESCO, die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ zum Herzstück der „Gemeinsamen Sicherheit und Verteidigungspolitik“ (GSVP) der EU. Mit dem gewählten Titel wurde auf der 14. Strategiekonferenz die Militarisierung der EU-Politik analysiert sowie Visionen und zivile Alternativen diskutiert.

Märkte, Macht und Muskeln

Zunächst analysierte Dr. Thomas Roithner, Friedensforscher und Privatdozent an der Universität in Wien, Elemente der Sicherheits- und Friedenspolitik der EU und der Rolle Deutschlands. Dabei wies er auf neue Formen der Politik hin, mit der moderne Staaten nicht mehr ein Territorium direkt besetzen, um es zu kontrollieren. Geopolitik werde mehr und mehr von geoökonomischen Instrumenten, d. h. von wirtschaftlichen Investitions- und Absatzstrategien für Rohstoffe und der Rüstungsindustrie, bestimmt. Wirtschaftliche und politische Spielregeln konkurrieren, die militarisierte Machtausweitung bestimme die globalisierte Welt. Es werde beispielsweise nicht mehr von Rüstungsprojekten gesprochen, sondern von Industrieprojekten. Auf die Frage eines Abgeordneten zur Aufstockung des Militärhaushaltes im EU-Parlament, weshalb es keine Erhöhung der zivilen Projekte gebe, sei u.a. die Antwort gewesen, Projekte im Rahmen der zivilen Krisenprävention gehen zu langsam! Über die derzeitige Politik in Österreich sprach Roithner von einer „Versicherheitlichung“, wo z. B. zunehmend Aufgaben der Polizei vom Bundesheer übernommen werden. „Zivile Probleme brauchen jetzt zivile Lösungen und keine Militarisierung.“ Als globales Beispiel nannte Roithner die militärische Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika, an der auch EU- und NATO-Missionen sowie Russland und die USA mit immer wieder neuen Begründungen zur Sicherheit permanent präsent seien. Das habe jedoch offenkundig mit der geostrategischen Lage und den Öltransporten, weniger mit dem Kampf gegen die Piraterie zu tun. Abrüstung, zivile Krisenprävention oder Vermittlung seien vergeblich in den EU-Papieren zu finden.



Podium „Visionen für ein Europa, das Frieden wagt“ v.l.n.r.: Reiner Braun, Ulrike Duchrow, Wiltrud Rösch-Metzler (Moderation), Alain Rouy



Worldcafé mit Thementisch Lobbyarbeit auf EU-Ebene

Der Weg Europas zur militärischen Großmacht?

„Wer exportiert, macht Politik in dem jeweiligen Land. Rüstungsexporte sind ein Machtfaktor“ – mit dieser These stieg Claudia Haydt, Soziologin und Referentin bei der Informationsstelle Militarisierung, Tübingen (IMI), in ihren Vortrag ein. Es existiere nicht nur ein industrielles, sondern auch ein machtpolitisches Interesse, Rüstungsexporte zu fördern.

Dafür spreche auch der deutsch-französische „Aachener Freundschaftsvertrag“ vom 22. Januar 2019. Der Vertrag solle Begegnungen und den Austausch der Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Doch er sei im Wesentlichen ein binationaler Aufrüstungsvertrag. Dessen Kernstück stärke neben der Aufrüstung im Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) die jeweilige Rüstungsindustrie und weiche die Rüstungsexportlinien auf. Zudem sei Frankreich seit dem Brexit die einzige verbliebene Atommacht in der EU. Es fordere von Europa viel mehr Engagement bei der gemeinsamen Verteidigung und biete Partnern einen größeren Einblick in ihre nationale nukleare Abschreckung an, um sie in die nukleare Militärstrategie seines Landes einzubeziehen. Haydt rief dazu auf, mit dem Atomwaffenverbotsvertrag Druck zu machen, sich internationalen Kampagnen anzuschließen und den ICAN-Städte-Appell immer wieder zu verbreiten.

Ebenso wie Thomas Roithner machte Claudia Haydt deutlich, dass in den verschiedenen EU-Ver-

trägen und -Strategien die globalen ökonomischen Interessen der EU zunehmend militärisch abgesichert werden. So werde dem „Schutz“ des neoliberalen Weltwirtschaftssystems hohe Priorität eingeräumt und mit Bezug zur EUGS (Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU) weltweit „militärische Sicherheit“ geschaffen, z. B. im Seeverkehr durch offene und geschützte Wege auf Ozeanen und Meeren, die für den Handel von entscheidender Bedeutung seien. Hier müsse der Zugang zu natürlichen Ressourcen sichergestellt werden. Ganz im Sinne der neuen EU-Globalstrategie werde betont, dass die EU zur Durchsetzung ihrer Interessen auf eine Kombination von zivilen und militärischen Fähigkeiten setze und dafür entsprechend ein breites Spektrum von politischen Maßnahmen und Instrumenten gefördert werden müsse.

Visionen für ein Europa, das Frieden wagt

„Wir vermissen Visionen zum Frieden in Europa und wie Europa in der Welt dem Frieden dienen kann. Deshalb stellen wir Thesen zur Diskussion“, so lautete das Anliegen der beiden Autor*innen der Thesen aus der Friedensbewegung, Reiner Braun und Wiltrud Rösch-Metzler. Für die Podiumsdiskussion eingeladen wurden Alain Rouy, Le Mouvement de la Paix aus Paris, und Ulrike Duchrow, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg aus Heidelberg. Alain Rouy bezog sich auf die vorliegenden Thesen und kündigte an, sie nach Frankreich zu bringen. Ihnen liege eine Friedenspolitik zugrunde, die auf Entspannung setze, auf Dialog, Verhandlungen und Kooperation, ohne Grenzen und Ausgrenzung. Diese Grundlagen müssten ebenso in die OSZE hineingetragen werden. Rouy forderte die EU auf, sich von Militärbündnissen wie der NATO zu befreien, was auch bedeute, den Waffenhandel abzuschaffen, die vielen Militärbasen im Ausland aufzulösen und verlangte ein atomwaffenfreies Europa, das über die EU hinausgehe. Europa müsse eine Kultur des Friedens entwickeln, auch die UNO habe ein nachhaltiges bis revolutionäres Potenzial! Europa brauche eine tiefgreifende Veränderung. Dabei spiele die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle.



Lesen Sie die Langversion des Konferenzberichts von Renate Wanie unter www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de



Renate Wanie
Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden



Wege zu einer gerechten Weltwirtschaft

Unser Gastautor Wolfgang Kessler ist Ökonom und Wirtschaftspublizist. Er war von 1999 bis 2019 Chefredakteur von Publik-Forum. In seinem Beitrag für pax info 70 beschäftigt er sich mit drei Strategien für eine Welt, die Sicherheit bietet – ohne Waffen: Fairer Handel, Grundeinkommen und Geld für Naturschutz.



Die Initiative der Evangelischen Landeskirche von Baden mit dem Titel „Sicherheit neu Denken“ ist ein Leuchtturmprojekt. Sie stellt sich gegen eine Politik, die auf die wachsende globale Gewalt militärisch reagiert. Eine Strategie ziviler Sicherheit wird jedoch nur erfolgreich sein, wenn faire Wirtschaftsbeziehungen und eine gerechte Klimapolitik den Menschen in den Elendsregionen der Erde neue Zukunftsperspektiven bieten. Der Weg dahin ist steinig, aber nicht unmöglich.

Geld für Klimaschutz

Wie eine gerechte Klimapolitik aus der Sicht des Südens aussehen könnte, demonstrierte der ehemalige Staatspräsident von Ecuador, Raffael Correa, im Jahre 2008. Er schlug der Weltgemeinschaft vor, die Rohölvorkommen unter dem riesigen Yasuni Nationalpark im Boden zu lassen, wenn die internationale Staatengemeinschaft Ecuador die Hälfte der geschätzten Einnahmen von 7,2 Milliarden Dollar erstatten. Die Regierungen des Westens lehnten diesen Vorschlag ab. Dabei könnte die Idee Correas ein wichtiges Muster einer gerechten Klimapolitik gerade für Entwicklungsländer sein: Die Industrieländer entschädigen die armen Staaten dafür, dass sie wertvolle Ressourcen im Boden lassen. Mit einer milliardenschweren Entschädigung können sie wichtige Naturschutzgebiete für die ganze Welt schützen und in die soziale Entwicklung der Bevölkerung investieren. Immerhin hat die Initiative Spuren hinterlassen: Auf den Klimakonferenzen wird derzeit über einen UN-Klimafonds verhandelt, der genau solche Initiativen wie jene Ecuadors finanzieren soll. Noch wird über die Finanzbeiträge gestritten. Dabei wäre es schon heute humaner und auch günstiger, Geld in den Schutz der Lebensbedingungen von zig Millionen Menschen zu investieren, statt Milliarden in Waffen und Militär.

Ökofairer Welthandel

Viele kriegerische Konflikte und die wachsende Gewalt sind Folgen ungleicher Handelsstrukturen, die einseitig den reichen Ländern zugutekommen:

US-Präsident Donald Trump setzt auf „America First“. Doch auch die Europäer verfolgen egoistische Interessen. Sie liefern hoch subventionierte Nahrungsmittel aus EU-Beständen zu niedrigen Preisen nach Afrika, wo diese die lokalen Lebensmittel-Anbieter verdrängen. Rohstoffe, über die die EU nicht verfügt, lässt sie zollfrei in die Gemeinschaft importieren; für Waren mit höherer Wertschöpfung erhebt sie zumeist Einfuhrzölle, was die Entwicklung in vielen Ländern behindert, aber die EU vor unliebsamer Konkurrenz bewahrt. Die Reichen werden reicher, die Armen bleiben arm.

Dass der Welthandel aber Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit fördern könnte, lässt sich am Beispiel Baumwolle zeigen: Sie wird heute zumeist zollfrei in die Europäische Union importiert, obwohl für ihren Anbau Hungerlöhne gezahlt, viel Wasser verbraucht und die Pflücker und die Böden mit Pestiziden belastet werden. Denken wir eine Alternative: Nur „fair gehandelte Bio-Baumwolle“ darf zollfrei in die EU eingeführt werden, das gleiche gilt für alle Rohwaren. Sind sie nicht fair und ökologisch zertifiziert, werden Zölle erhoben. Gleichzeitig senkt die EU die Zölle für Waren mit hoher Wertschöpfung. Die Folgen dieser Veränderung: Jetzt fördert der Handel Gerechtigkeit, Umwelt- bzw. Klimaschutz und die soziale Entwicklung. Denn nun werden ökologisch zerstörerische, auf Ausbeutung beruhende Produkte teurer, fair gehandelte und nachhaltige Produkte oder jene mit hoher Wertschöpfung aber billiger. Jetzt wachsen in vielen Ländern des Südens die Chancen für eine nachhaltige und faire Wirtschaft – als Grundlage für Frieden und Sicherheit für mehr Menschen.

Investieren in die Armen

Doch so wichtig ein gerechter Welthandel auch ist, er wird die ganz Armen dieser Welt nicht erreichen. Ihnen hilft nur eine neue Form von Weltsozialpolitik, wie sie in einigen Regionen der Welt bereits erprobt wird. In einem Landstrich Kenias erhalten zum Beispiel 17.000 Menschen in 124 Dörfern seit rund zwei Jahren ein bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 22 Dollar pro Monat. Ausgezahlt wird es über ein Handy-basiertes Zahlungssystem, so dass es direkt bei den Empfängern ankommt. Die Folge: Viele Bewohner/innen verfügen zum ersten Mal in ihrem Leben über ein Einkommen und kaufen damit Lebensmittel bei lokalen Bauern, Brot in Bäckereien oder reparieren ihre Häuser. Manche Bewohner sparen auch auf ein Stück Land. Ein lokaler Wirtschaftskreislauf entsteht. Die Kleinkriminalität ist zurückgegangen.

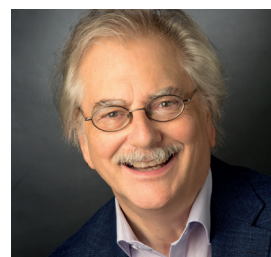
Zehn Jahre lang will die Basisorganisation Givedirectly mit diesem spenden-finanzierten Grundeinkommen zeigen, dass sich das Leben von Menschen in extrem armen Regionen nicht in erster Linie durch Hilfsprojekte verbessern lässt, sondern durch ein regelmäßiges Einkommen. Nicht finanzierbar, werden viele einwenden. Doch schon ein Teil des jährlichen Vermögenszuwachses der rund 2000 Milliardäre in Höhe von etwa 900 Milliarden US-Dollar (2017) weltweit würde genügen, um einer Milliarde Habenichtse ein Grundeinkommen von 20 Dollar pro Monat zu finanzieren. Zumindest rechnerisch. Zugegeben, der Weg zu so grundlegenden Veränderungen in der umkämpften Welt von heute ist steinig. Niemand sage jedoch, es gebe keine Strategien für mehr Gerechtigkeit und Klimaschutz, die einen weit höheren Beitrag für Frieden und Sicherheit leisten würden, als dies Militär und Waffen jemals leisten können. Und billiger ist eine zivile Sicherheitspolitik ohnehin.



Buchcover von Wolfgang Kesslers jüngstem Buch

Wolfgang Kessler vertieft seine Thesen in seinem aktuellen Buch „Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern“, Publik-ForumVerlag, 15 Euro.

Alle Besteller/innen bei Publik-Forum, Postfach 2010, 61410 Oberursel erhalten ein handsigniertes Exemplar.



Wolfgang Kessler



Frieden durch Gerechtigkeit in Palästina und Israel

In ihrem Beitrag in der Rubrik Spirituelles stellt Irmgard Deifel, geistliche Beirätin von pax christi Rottenburg-Stuttgart, die Arbeit der „Freunde von Sabeel“ vor, die sich auf einer explizit spirituellen Grundlage für Völker- und Menschenrechte in Palästina und Israel einsetzen.

Sabeel, arabisch für „Weg“, aber auch „Quelle“ oder „Leben spendendes Wasser“, ist eine ökumenische und befreiungstheologisch orientierte Organisation mit Sitz in Jerusalem. Gegründet wurde sie 1990 durch den palästinensischen anglikanischen Priester, Reverend Dr. Naim Ateek, dem früheren Domkapitular der St. Georgs Kathedrale in Jerusalem.

Ihrem Selbstverständnis nach streben die Freunde von Sabeel auf der Basis des Lebens und der Lehre Jesu Christi danach, den Glauben palästinensischer Christ*innen zu vertiefen, die Einheit unter ihnen zu fördern und sie zu befähigen, für Gerechtigkeit und Liebe einzutreten. Sabeel hat das Ziel, eine Spiritualität auf der Grundlage von Liebe, Gerechtigkeit und Frieden, sowie Gewaltfreiheit, Befreiung und Versöhnung sowohl mit den verschiedenen nationalen als auch Glaubensgemeinschaften zu entwickeln.

Sabeel will sowohl ein internationales Bewusstsein für die Identität und das Zeugnis palästinensischer Christ*innen fördern, als auch ein Bewusstsein für ihr gegenwärtiges Leben und Leiden. Die Organisation will Einzelne und Gruppen dazu ermutigen, für einen gerechten, umfassenden und andauernden Frieden zu arbeiten, der Wahrheit verpflichtet und gestärkt durch Gebet und Aktion, in Anerkennung der Normen des internationalen Menschen- und Völkerrechts.

„Alle Menschen sind nach dem Bild Gottes geschaffen, gleichberechtigt und unendlich kostbar vor Gott und uns. Jesus Christus hat uns durch sein Leben, seinen Tod und seine Auferstehung miteinander verbunden, so dass das, was einen betrifft, uns alle betrifft.“

(Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen, 2018)

Im Jahre 2004 veröffentlichte Sabeel ein Dokument mit dem Titel „Prinzipien für einen gerechten Frieden in Palästina-Israel“. Darin erläutern sie ihre Unterstützung für eine Zweistaatenlösung als unmittelbares Ziel, die letzten Endes aber zu einer Einstaatenlösung führen könnte. In ihrer Vision für die Zukunft sehen sie die beste Lösung für Palästina-Israel letztendlich in einem binationalen Staat, in dem die Menschen frei und gleich sind und in einer konstitutionellen Demokratie leben, die alle ihre Rechte, Verantwortlichkeiten und Pflichten schützt und garantiert, ohne Rassismus oder Diskriminierung: ein Staat für zwei Nationen und drei Religionen. Dass wir davon derzeit noch weit, oder vielleicht sogar weiter entfernt sind, als je zuvor, ist offenkundig.

Der Ende Januar von Trump vorgestellte Plan zur Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinenser*innen ist nach Meinung beider großer Kirchen in Deutschland eine Absage an das Völkerrecht und spricht den Palästinenser*innen das Recht auf Selbstbestimmung faktisch ab.

Erfreulich ist es deshalb zu wissen, dass es ein weltweites Netz von „Friends of Sabeel“ gibt, Gruppen, die in lockerer organisatorischer Form die Ziele und



Der Gründer von Sabeel:
Reverend Dr. Naim Stifan Ateek



Peace-Schriftzug unter einem Olivenbaum im Garten von Gethsemane am Fuße des ‚Ölbergs‘ in Jerusalem

die Arbeit von Sabeel in Jerusalem unterstützen. Neben zahlreichen Ländern, wie z. B. in den USA, Kanada und Australien, gibt es Sabeel seit 2007 auch in Deutschland mit Sitz in Stuttgart.

Erklärung der Freunde von Sabeel Deutschland e.V.

„Wir unterstützen die Arbeit von Sabeel, eine von palästinensischen Christen im ‚Heiligen Land‘ gegründete ökumenische Bewegung für eine palästinensische Befreiungstheologie, die den Glauben und das Leben stärkt. Wir teilen den Auftrag von Sabeel, die Stimme der palästinensischen Christen zu verstärken, mit den Friedensstiftern aller Religionen zusammen zu arbeiten, die für die Unterdrückten eintreten und einen gerechten Frieden in Palästina und Israel fördern. Wir wenden uns gegen jede Verzerrung der Bibel und Theologien, die zu Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie führen und zu einer Legitimation einer ‚Landnahme‘ der ‚Sünde der Besatzung‘. Wir missbilligen alle Gewalttätigkeiten, ob begangen von Staaten, Personen oder Gruppen. Wir organisieren Veranstaltungen und gewaltlose Kampagnen, die Gerechtigkeit und Frieden, sowohl für Palästinenser als auch Israelis fördern.“

Wir alle sind eingeladen, in das gemeinsame Gebet von Sabeel einzustimmen, das jeden Donnerstag stattfindet, wo sich die Gemeinde in Jerusalem zum Abendmahl und zum Gebet versammelt. Ein Gebet, das in diesem Gottesdienst gebetet wird, wird auch an die Betenden in aller Welt gesendet, damit in jeder Weltregion um 12 Uhr das Gebet gesprochen wird – so entsteht eine „Welle des Gebets“ rund um den Globus.

Die „Welle des Gebets“ vom 27.02.2020 im Wortlaut:

Am Freitag, 14. Februar, versammelten sich Tausende Palästinenser*innen auf dem Victory Platz von Nablus, um an den Abendgebeten an der Al-Nasim Moschee teilzunehmen. In der ganzen Westbank kommen Palästinenser*innen bei den Abendgebeten am Freitag zusammen; das ist der einzig sichere Weg ihren Protest gegen den „Middle East Plan“ Israels auszudrücken. Wenn sie zu anderen Zeiten in den Straßen protestieren, müssen sie Festnahmen befürchten.

Guter Gott, wir bitten um ehrliche Vermittler, die Friedensgespräche vorschlagen, die auch die Interessen der Palästinenser*innen vertreten, nicht nur der Israelis. Wir bitten, dass Palästinenser*innen und Israelis einen Weg finden, respektvoll und friedlich in ihrem geteilten Land zu leben. Herr nach deinem Erbarmen erhöhe unser Gebet.

Weitere Informationen zu den „Freunden von Sabeel“ in Deutschland und weltweit finden Sie hier: www.fvsabeel-germany.de



Irmgard Deifel,
Geistliche Beirätin von
pax christi Rottenburg-Stuttgart



Friedensarbeit vor Ort: In Gaza-Sderot und in Bethlehem

Im Frühjahr 2019 nahm Richard Bösch an einer pax christi Multiplikator*innenreise nach Palästina und Israel teil. Die einzelnen Reisetage standen dabei jeweils unter einem zentralen Thema, das insbesondere durch Begegnungen und Gespräche mit Menschen, die in zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Kirchen engagiert sind, vertieft wurde (vgl. pax info 67, S. 10; pax info 68, S. 10–11; pax info 69, S. 10–11).

Wie in den Ausgaben zuvor wird die Reihe der Kurzportraits der im Rahmen der pax christi Multiplikator*innenreise besuchten zivilgesellschaftlichen Organisationen in Palästina und Israel fortgeführt. In dieser Ausgabe widmen wir uns erneut der Friedensarbeit in Israel, genauer in der Region Gaza/Sderot („Other Voice“) sowie der Lage der Christ*innen in Palästina aus der Perspektive der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Palästina.



Blick auf den Gazastreifen nahe Sderot

Other Voice – „Kol Acher“ – eine andere Stimme

„Other Voice“ ist eine von Israelis, die in der Stadt Sderot und anderen Orten in der Nähe der Grenze zum Gazastreifen wohnen, gegründete Basisbewegung. Das Bestreben von Other Voice ist es, Verbindung mit Palästinenser*innen in Gaza aufzunehmen, einen friedlichen Dialog zu fördern und ein Ende der Belagerung des Gazastreifens, der Besetzung des Westjordanlandes und der Unterdrückung der Palästinenser*innen im Allgemeinen zu fordern.

Mitglieder von „Other Voice“ unterhalten persönliche Kontakte mit Palästinenser*innen im Gazastreifen, die auch in Zeiten, in denen starke Spannungen, Gewalt und Blutvergießen herrschen, nicht abgebrochen werden. Es ist so gut wie unmöglich, Begegnungen von Angesicht zu Angesicht herzustellen, da den Bewohner*innen des Gazastreifens nur äußerst selten erlaubt wird, nach Israel zu kom-

men, und israelische Bürger Gaza nicht betreten dürfen. Und doch sind über die hohen körperlichen und geistigen Barrieren hinweg durch Telefon und Internet Kontakte möglich.



Immer freitags: Other Voice Aktivist*innen demonstrieren am Straßenrand, hier nahe Urim

Jeden Freitag halten die Aktivist*innen von „Other Voice“ an der Jad-Morderchai-Kreuzung nördlich vom Erez-Checkpoint eine Mahnwache ab. An der Kreuzung herrscht viel Betrieb: sowohl Zivilist*innen als auch Soldat*innen sind auf dem Weg zur Grenze zu Gaza. Wenn die Aktivist*innen Plakate hochhalten und Fahnen schwenken, werden sie dort an der Kreuzung von vielen gesehen. Auf Plakaten und Fahnen stehen Slogans wie „Macht der Gewalt ein Ende – baut Gaza wieder auf!“ und „Auf beiden Seiten der Grenze sind Kinder, die leben wollen!“ Einige Passant*innen und Autofahrer*innen zeigen Sympathie, andere sind sehr feindselig und einige werden sogar gewalttätig. Die Mitglieder von „Other Voice“ lassen sich durch keinen hässlichen Zwischenfall abschrecken und sind entschlossen, ihre Stimme, „eine andere Stimme“, so laut wie möglich zu erheben.

Für die israelische Friedensbewegung als Ganze ist diese Stimme von besonderer Bedeutung, da die Israelis, die in enger Nachbarschaft mit der Grenze zu Gaza leben, in der israelischen Gesellschaft eine besondere moralische Autorität besitzen: Sie sind diejenigen, die wahrscheinlich persönlich die schlimmen Folgen wieder aufflammender Gewalt tragen müssen.

Ihr entschiedener Aufruf, Gewalt und Unterdrückung Einhalt zu gebieten und die schweren menschlichen und politischen Probleme Gazas lösen zu helfen, finden mehr Widerhall als Aufrufe von Israelis, die an anderen Orten Israels leben. Solidaritäts- und Sympathiekundgebungen von Menschen in aller Welt werden von der Bewegung hochgeschätzt und stärken sie. Sie können persönlich dazu beitragen, indem sie das Thema zur Sprache bringen und sich an Entscheidungsträger und die allgemeine öffentliche Meinung wenden.



www.othervoice.org

pax christi Rottenburg-Stuttgart dankt dem Lebenshaus Schwäbische Alb für die Erlaubnis, den Beitrag von Adam Keller („Gusch Schalom“) über „Other Voice“ hier in Auszügen veröffentlichen zu dürfen. Weitere Informationen finden Sie unter facebook „Other Voice“ oder auf www.othervoice.org/welcome-eng.htm



Blick auf die „Weihnachtskirche“ der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde in Bethlehem, März 2019

Christliche Präsenz in Palästina: Die Evangelisch-Lutherische Kirche

Im Vergleich zu anderen Kirchen im Nahen Osten ist die Geschichte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land eine eher kurze. Sie geht auf die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück, als deutsche und englische evangelische Christ*innen nach Palästina kamen, um die christliche Minderheit in der Region durch diakonische und missionarische Arbeit zu unterstützen. Es begann 1841 mit der Gründung eines gemeinsamen britisch-anglikanischen und preußischen evangelischen Bistums in Jerusalem. Vier Jahre später wurde eine Mädchenschule, Talitha Kumi, gegründet. Dies war die erste Schule, die Mädchen eine angemessene Ausbildung anbot.

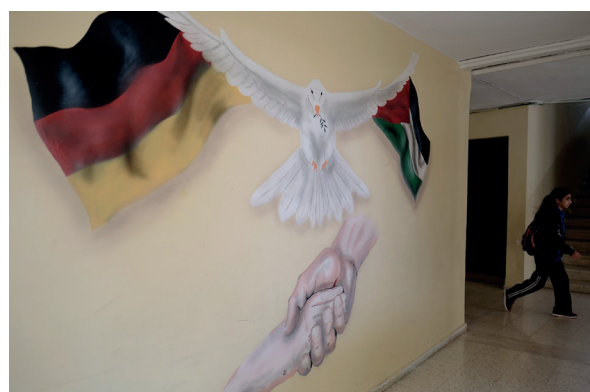
1860 gründete Johann Ludwig Schneller das syrische Waisenhaus in Jerusalem. Seine Arbeit unter obdachlosen Jungen hatte ihren Ursprung in einem Bürgerkrieg in Syrien, damals noch eine Provinz des türkischen Regimes. Etwa 30.000 Christ*innen verloren in diesem Krieg ihr Leben, und viele Kinder wurden zu Waisen. Insgesamt konzentrierten die deutschen

Lutheraner ihre Bemühungen auf Sozialarbeit. Heute setzt die Evangelisch-Lutherische Kirche dies fort, durch Bildung und Gesundheitsversorgung für Palästinenser*innen, unabhängig von ihrem Glauben.

Die Gemeinden der Evangelisch-Lutherischen Kirche haben ihren Sitz in Jerusalem, Bethlehem, Beit Jala, Beit Sahour und Ramallah sowie in Amman, Jordanien. Die beiden letztgenannten Gemeinden wurden zunächst gegründet, um für Vertriebene und Geflüchtete da zu sein – die Evangelisch-Lutherische Kirche kann daher zu Recht auch als „Flüchtlingskirche“ bezeichnet werden.

Die Evangelisch-Lutherische Kirche betreibt vier Schulen, in Ramallah, Beit Jala, Bethlehem und Beit Sahour, mit jeweils ca. 3.000 Schüler*innen. Das ELCJHL verwaltet auch drei Bildungsprogramme, darunter den Al-Mahaba-Kindergarten am Ölberg in Jerusalem, das Martin-Luther-Gemeindentwicklungszentrum in der Altstadt von Jerusalem und das Umweltbildungszentrum in Beit Jala.

Eine große Herausforderung für die Evangelisch-Lutherische Kirche ist die Auswanderung vieler palästinensischer Christ*innen aus dem Heiligen Land. Die Palästinenser*innen kämpfen weiterhin für Autonomie und Nationalität, für bessere Bildungschancen, für einen besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung, für Beschäftigungsmöglichkeiten und für mehr Anerkennung innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Die Evangelisch-Lutherische Kirche bleibt in diesen schwierigen Zeiten eine starke christliche Präsenz, die sowohl geistliche als auch soziale Dienste anbietet, um den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden.



Wandbild in der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Schule Talitha Kumi in Beit Jala – „Talitha Kumi“ – Mädchen, ich sage dir, steh auf! (Mk 5, 41)

Im September war das geistliche Oberhaupt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und dem Heiligen Land, Bischof Ibrahim Azar, auch auf Einladung von pax christi Rottenburg-Stuttgart zu Gast in Stuttgart, um über die Lage der Christ*innen in Nahost zu sprechen. Weitere Informationen finden Sie auch unter www.elcjlh.org/de

Richard Bösch



Unter 18 nie! Eine bundesweite Kampagne nimmt Fahrt auf

Im März 2019 startete die von pax christi Rottenburg-Stuttgart im Rahmen einer Förderung durch die Aktion Hoffnung mitgetragene Kampagne „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“. In ihrem Beitrag für pax info gibt Sarah Gräber, Campaignerin von „Unter 18 nie!“, ein Jahr nach dem Start Einblicke in die Arbeit der Kampagne.

2019 wurden 1.706 Minderjährige von der Bundeswehr rekrutiert

Ja, richtig gelesen: 1.706 junge Menschen, die nicht voll geschäftsfähig sind, die bei Bundestagswahlen nicht partizipieren und natürlich auch keine Ballerspiele kaufen dürfen.

Die Werbung und Ausbildung von Minderjährigen als Soldaten widersprechen den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention. Damit sollte die Sache eigentlich klar sein – ist sie aber nicht. Denn Deutschland gehört zu den wenigen Vertragsstaaten, die von einer Ausnahmeregelung Gebrauch machen. Das sogenannte Zweite Fakultativprotokoll duldet die Rekrutierung Minderjähriger, solange sie freiwillig erfolgt, die Jugendlichen mindestens 15 Jahre alt sind und sichergestellt ist, dass sie nicht in Kriegen eingesetzt werden. Die Kinderkommission des Bundestags und der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes sind deshalb besorgt und haben Deutschland wiederholt empfohlen, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre zu erhöhen – bisher ohne Erfolg. Damit sich daran endlich etwas ändert, ist im März 2019 die Kampagne „Unter 18 nie! Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“ gestartet, an der sich auch pax beteiligt.

Welche Ziele und Forderungen verfolgt die Kampagne?

Die Kampagne verfolgt zwei große Ziele. Das erste ist selbstverständlich die Anhebung des Rekrutierungsalters für den Militärdienst auf 18 Jahre. Gründe dafür gibt es viele. So zeigen zum Beispiel Untersuchungen der britischen Armee, dass unter minderjährigen Rekrut*innen die Fälle von psychischen Traumata, Mobbing, Selbstverletzung, Alkoholismus und Selbstmord deutlich höher sind als bei erwachsenen Soldat*innen und als bei gleichaltrigen Zivilist*innen. Zudem werden die vom Jugendarbeitsschutzgesetz vorgegebenen Wochenarbeitsstunden bei der Bundeswehr nicht eingehalten.

Nicht zu vergessen ist auch, wie wenig glaubwürdig es wirkt, wenn Deutschland sich dafür einsetzt, dass Länder wie Somalia oder Afghanistan keine unter 18-Jährigen mehr in ihre Armeen aufnehmen, solange die Bundeswehr das selbst tut. Würde auch Deutschland sich an den 18-Jahre-Standard halten, würde dies Deutschlands Bemühungen auf internationaler Ebene im Kampf





Mitarbeitende der Kampagne, darunter auch Campaignerin Sarah Gräber, vor dem Reichstag – Lobbygespräche wurden u.a. mit Tobias Lindner (Bündnis 90/ Grüne) und Norbert Müller (Die Linke) geführt

gegen die Praxis von Kindersoldat*innen mehr Gewicht und Glaubwürdigkeit verleihen.

Des Weiteren fordert die Kampagne ein Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen, die seit dem Ende der Wehrpflicht stark zugenommen hat. Denn militärische Werbung bei Minderjährigen widerspricht den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention.

Ein Grund dafür, dass die Anzahl Minderjähriger in der Bundeswehr so stark zugenommen hat, liegt in der irreführenden und teilweise aggressiven Werbung der Bundeswehr in Schulen, bei Abenteuer- und Sportevents, bei Ausstellungen und Messen, Vorträgen in Jobcentern, Arbeitsagenturen und Berufsinformationszentren sowie über Soziale Medien. Hauptzielgruppe sind Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren. Wie groß die Reichweite ist, kann man abschätzen, wenn man weiß, dass der Bundeswehr knapp 35 Millionen Euro im Jahr für Nachwuchswerbung zur Verfügung stehen.

Was ist für die nächsten Wochen geplant?

Um den Druck auf die Bundesregierung und die Bundeswehr zu erhöhen, hat sich „Unter 18 nie!“ etwas einfallen lassen: Der Juni 2020 wird zum „Aktionsmonat“ ernannt. Doch was bedeutet das? Der Aktionsmonat wird verschiedene Bestandteile haben:

Zum einen will die Kampagne gemeinsam mit allen Interessierten Infostände in den Innenstädten und bei Veranstaltungen organisieren, um Leute über die Rekrutierung Minderjähriger und ihre Folgen aufzuklären. Denn noch wissen viel zu wenig Menschen überhaupt davon. Wir freuen uns über jeden, der uns dabei unterstützt! Die dafür nötigen Materialien können über das Kampagnenbüro gerne in einem praktischen „Infopaket“ angefordert werden, das Unterschriftenlisten, Flyer, Aufkleber, Postkarten, Fact Sheets und ein Banner enthält. Zudem werden Straßentheater zum Thema aufgeführt. Wer sich daran beteiligen möchte oder Ideen hat, darf sich gerne unter info@unter18nie.de melden.

Außerdem soll im Juni der Fokus der Lobbyarbeit etwas verschoben werden: Weg von Berlin, hin zu den regionalen politischen Vertreter*innen. Um möglichst viele von ihnen zu erreichen, müssen wir Graswurzel-Lobbying betreiben: Das heißt, wir brauchen Unterstützer*innen, die Politiker*innen in ihren Wahlkreisen anschreiben und im besten Fall in Gesprächen von unserem Anliegen zu überzeugen.

Der Höhepunkt des Aktionsmonats wird eine Fotoaktion vor dem Berliner Reichstag mit anschließender Pressekonferenz sein. Details dazu werden in den nächsten Wochen über Instagram, Facebook und Twitter sowie über den Newsletter, der auf www.unter18nie.de abonniert werden kann, bekannt gegeben.



Kinder und Jugendliche betrachten die Bordgeschütze eines Kampfhubschraubers der Bundeswehr aus der Nähe – Tag der Bundeswehr 2018 in Wunstorf



Sarah Gräber
Campaignerin von „Unter 18 nie!“



Clara Immerwahr: Idealistin und Kriegsgegnerin

Der Name Clara Immerwahr führt an den Beginn der Geschichte von Massenvernichtungsmitteln und in eine damals neue Dimension der Frage nach Verantwortung von Wissenschaftler*innen und Technikern. Jörn Heher zeichnet in seinem Beitrag für die „Ärzte gegen den Atomkrieg“, IPPNW, („Wer ist Clara Immerwahr?“) ein umfassendes Bild der engagierten Wissenschaftlerin – Christian Turrey präsentiert den Artikel für pax info in Auszügen.

Geboren am 21. Juni 1870 in Polkendorf bei Breslau, wird Clara Immerwahr eine begeisterte und talentierte Forscherin. Sie promoviert 1900 als erste Frau an der Universität Breslau – „magna cum laude“ im Fach Physikalische Chemie. In dieser Zeit als Frau studiert zu haben, verrät Zivilcourage. Viele Professoren sind Gegner des Frauenstudiums, das Verbindungswesen bestimmt das Leben der Studenten. Bei ihrer Arbeit über elektrische Messungen an Schwermetallsalzen zeigt sich ihre hohe Begabung. Ihr Selbstbewusstsein als Naturwissenschaftlerin wächst. Fachliche Dispute mit höhergestellten Kollegen, die nicht selten autoritär statt wissenschaftlich argumentieren (und gleichwohl große Karrieren machen werden), bleiben nicht aus. Clara Immerwahr's Umgang damit ist elegant und kollegial. Eine Reihe ihrer Arbeiten erscheint in Fachzeitschriften. Als sie 1901 mit Fritz Haber die Ehe eingeht, trachtet sie, Ehe und Forschung miteinander zu vereinbaren. Ihre eigene wissenschaftliche Arbeit wird jedoch weitgehend verhindert. Von Mann und Gesellschaft wird sie massiv in die damalige Frauenrolle gedrängt.

Rückblickend (1909) schreibt sie:

„Es war stets meine Auffassung vom Leben, daß es nur dann wert gewesen sei, gelebt worden zu sein, wenn man alle seine Fähigkeiten zur Höhe entwickelt und möglichst alles durchlebt habe, was ein Menschenleben an Erlebnissen bieten kann. Und so habe ich damals schließlich auch mitunter dem Impuls mich zur Ehe entschlossen, daß sonst eine entscheidende Seite im Buch meines Lebens und eine Seite meiner Seele brachliegenbleiben würde. Der Aufschwung, den ich davon gehabt, ist aber sehr kurz gewesen ...“

Clara Immerwahr's große Sensibilität wird ihr in den Auseinandersetzungen mit Fritz Haber zunehmend zum Verhängnis und von der Nachwelt als Lebensuntüchtigkeit missdeutet. Sie versucht, der Frauenrolle gerecht zu werden und ihrem Mann „den Weg zu ebnen“. Dazu gehört das Ausrichten der zahlreichen Tischgesellschaften ihres Mannes, die sein Ansehen und seine Kontakte fördern. Zu den wissenschaftlichen Arbeiten Habers trägt sie fachlich bei, ohne darin erwähnt zu werden. Am 1. Juni 1902 kommt nach schwerer Schwangerschaft Sohn Hermann zur Welt. Fritz Haber, Hilfsassistent für Gasanalyse mit nur mittelmäßiger Promotion, steigt derweil langsam, dann immer steiler auf.

Fritz Haber: „Vater des Gaskrieges“

Clara Immerwahr versucht eigene Wege zu gehen: Sie benutzt abweichend von dem, was von einer Frau Geheimrat erwartet wird, eigenes Briefpapier und vernachlässigt hin und wieder die Tischgesellschaften ihres Mannes. Sie hält Vorträge über „Chemie und Physik im Haushalt“ vor Frauen in Arbeiterbildungsvereinen, den Vorläufern der heutigen Volkshochschulen. In privaten Briefen äußert sie sich deutlich antimilitaristisch. Mit Beginn des Ersten Weltkriegs stellt sich das von Haber geleitete Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (Vorläufer der heutigen Max-Planck-Gesellschaft) mit überschwänglichem Patriotismus in den Dienst des Vaterlandes. Er stellt seine Forschungen vollkommen auf die Suche nach neuen Kampfgasen um und übernimmt im Laufe des Krieges als

Abteilungsleiter im Kriegsministerium die wissenschaftliche Verantwortung für das gesamte Gaskampfwesen. In endlosen Tierversuchen werden Giftgase wie Chlor, Phosgen, Gelbkreuz, Blaukreuz, Grünkreuz erprobt.

Clara Immerwahr-Haber versucht einerseits, ihrem Ehemann gegenüber loyal zu sein, kann aber den Konflikt zwischen seiner und ihrer eigenen Auffassung von Wissenschaft schließlich nicht unterdrücken. Im Januar 1915 begleitet sie Haber nach Köln, wo – nahe der Westfront – freiwillige Soldaten (meist Abiturienten) für den Gaskrieg ausgebildet werden. In Anwesenheit der Vertreter von Wissenschaft, Industrie und Militär wendet sie sich deutlich gegen die Absichten ihres Mannes. Deutschland gehörte zwar zu den 24 Nationen, die mit Unterzeichnung der Haager Konvention auf chemische Kampfstoffe verzichtet hatten. Aber die Aussichten auf einen Erfolg waren wohl zu verlockend, als dass man sich von der Konvention hätte zurückhalten lassen.

Im Frühling 1915 sind schließlich alle Voraussetzungen geschaffen, um eine Offensive zu wagen. An einem Abschnitt der Westfront bei Ypres (Ypern) in Belgien befehligt Fritz Haber persönlich am Nachmittag des 22. April 1915 den Einsatz des Chlorgases. Die Wirkung ist verheerend. 15.000 Engländer und Franzosen



Clara Immerwahr während ihrer Studienzeit

Britische Doughboys mit Gasmasken im Schützengraben. Beim ‚Gaskrieg‘ im Ersten Weltkrieg wurden rund 120.000 Tonnen von 38 Kampfstofftypen verschossen, dadurch starben circa 100.000 Soldaten und 1,2 Millionen Mann wurden verwundet. (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung)

bei Langemarck werden fast schutzlos überrascht, 1.000 – 4.000 sterben sofort. Die deutsche Presse ist begeistert. Die gehobene Berlin-Dahlemer Gesellschaft feiert Fritz Haber nach dessen Rückkehr von der Westfront am 1. Mai 1915 ausgelassen mit Sekt. Berichte darüber legen nahe, dass Haber sich dabei köstlich amüsiert, obwohl er am nächsten Tag an die Ostfront aufbrechen will, um einen noch größeren Giftgaseinsatz vorzubereiten.

Am 2. Mai 1915, dem Morgen des Tages seiner Abreise dorthin, nimmt sich Clara Immerwahr mit der Dienstwaffe ihres Mannes das Leben. Der erste, ein Probeschuss, geht in die Luft, der zweite gezielt in ihr Herz. Sie setzt damit ein Fanal, Gipfelpunkt einer langjährigen Auseinandersetzung und eines Streits, in dem Fritz Haber seiner Frau Landesverrat und ihre antimilitaristische Einstellung vorwarf.

Clara Immerwahr's Suizid wird in der Folgezeit als depressive Verzweiflungstat einer erblich vorbelasteten Frau hingestellt. Eine Reihe von Informationen werden offenbar von langem Arm zurückgehalten oder vernichtet: Es gibt keine Meldung in den Tageszeitungen, es findet sich kein Sektionsprotokoll. Vor allem aber ist ein zu erwartender Abschiedsbrief nicht auffindbar. Clara Immerwahr's Leben, ihre Auffassung von Wissenschaft, ihre Haltung und ihr Tod werden der Verdrängung unterworfen.

Weiterführende Literatur zu Clara Immerwahr:
Der Fall Clara Immerwahr – Leben für eine humane Wissenschaft, Gerit von Leitner, C.H. Beck, 1993



Christian Turrey, Beisitzer im Vorstand von pax christi Rottenburg-Stuttgart



Lesen Sie den vollständigen Beitrag von Jörn Heher auf www.ippnw.de
Dort finden Sie auch Informationen zur „Clara-Immerwahr-Auszeichnung“, die die IPPNW seit 1991 verleiht.

Neue Pressemitteilung:

Am 26.02., dem bundesweiten Aktionstag von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ (abgeleitet von der Forderung nach Klarstellung des grundsätzlichen Verbots von Rüstungsexporten

in Artikel 26.2 des Grundgesetzes) protestierten Friedensaktivist*innen vor dem Deutschen Bundestag gegen die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung.

Rüstungsexporte – (k)eine Frage der Abwägung!?

Am 26.02., dem bundesweiten Aktionstag von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ (abgeleitet von der Forderung nach Klarstellung des grundsätzlichen Verbots von Rüstungsexporten in Artikel 26.2 des Grundgesetzes) protestierten Friedensaktivist*innen vor dem Deutschen Bundestag gegen die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung.



Friedensaktivist*innen am bundesweiten Aktionstag der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel vor dem Deutschen Bundestag

Die Forderung im Rahmen der Protest- und Kunstaktion: die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen darf „Keine Frage der Abwägung!“ zwischen Menschenrechten und außen- und sicherheitspolitischen Interessen mehr sein. Stattdessen müsse die Einhaltung der Menschenrechte immer das entscheidungsrelevante Kriterium sein. Staaten, wie die der sog. „Arabischen Koalition“, die seit 5 Jahren am Krieg im Jemen beteiligt sind und denen schwere Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen wurden, dürfen keine Rüstungsgüter mehr aus Deutschland erhalten. Die Bundesregierung wird aufgefordert ihre Rüstungsexportpolitik am Schutz der Menschenrechte auszurichten.

„Das politische Interesse an den lukrativen Geschäften wiegt für die Bundesregierung immer noch schwerer als die Menschenrechte. Dagegen protestieren wir! Der heutige Aschermittwoch könnte der Tag der Reue sein und die Bundesregierung endlich die notwendige Umkehr bei den Genehmigungen von Rüstungsexporten beschließen. Die Bundesregierung würde ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen, das alle Lücken und Hintertürchen schließt,“ so Christine Hoffmann, Kampagnensprecherin und pax christi Generalsekretärin.

„Für uns in der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ sind Waffenexporte an menschenrechts-

verletzende und kriegführenden Staaten KEINE Frage der Abwägung – wir lehnen sie allesamt ab! Sie müssen sofort und dauerhaft gestoppt werden!“, erklärt Jürgen Grässlin, DFG-VK-Bundessprecher und Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.

An einer meterhohen Waage, die auf der Wiese vor dem Bundestag aufgestellt wurde, zeigten Friedensaktivist*innen und von Maskenträger*innen dargestellte Regierungsmitglieder die kritisierte Praxis der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung, bei der Menschenrechte gegen unterschiedliche politische Interessen abgewogen werden, statt den Menschenrechten uneingeschränkten Vorrang zu geben. Ausgehend von dieser Kritik und der jahre- bzw. jahrzehntelangen Mär von der restriktiven Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung fordert Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel ein Rüstungsexportkontrollgesetz, das die Rüstungsexporte massiv einschränkt und die Einhaltung der Menschenrechte zum wichtigsten Entscheidungskriterium macht.

Lesen Sie die vollständige Pressemitteilung der Deutschen Sektion von pax christi sowie die Reden von Christine Hoffmann und Jürgen Grässlin auch auf www.paxchristi.de

Stahlhelme zu Gülleschöpfern ...

... Kanonenrohre zu Brückenstreben und Schwerter zu Pflugscharen!

„Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden und ihre Lanzen zu Winzermessern. Sie erheben nicht mehr das Schwert, Nation gegen Nation, und sie erlernen nicht mehr den Krieg.“ Was für eine Vision für „das Ende der Tage“ aus dem biblischen Buch Micha. Schwerter zu Pflugscharen, das Leitwort aller, die sich für Rüstungskonversion einsetzen und aus militärischem Gerät zivile Güter machen wollen. Dass eine solche Vision nicht unerfüllbar sein muss, zeigen zwei Beispiele aus Baden-Württemberg:

„Helm ab zum Gülle schöpfen!“ könnte man neben diesen umgewidmeten Stahlhelm schreiben, der momentan in der Sonderausstellung „Hut ab! Pickelhaube, Pussyhat und andere Kopfgeschichten“ im Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart zu sehen ist. Noch bis 2. August 2020 kann man dort bestaunen, wie ein deutscher Wehrmachts-Stahlhelm nach Kriegsende zum praktischen Gülleschöpfer umfunktioniert wurde.



Gülleschöpfer



Kanonenbrücke bei Wendlingen (siehe auch Titelseite)

Auch in Wendlingen im Kreis Esslingen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Kriegsgerät umgewidmet: Aus Geschützrohren der Firma Voith in Heidenheim wurde eine neue Brücke gebaut und am 7. Juni 1949 eingeweiht. Als Feldwegbrücke überspannte sie damals den Neckar, heute die Lauter, und stellte eine Verbindung zu den Neckarwasen her, wo einige Grundstücke besaßen. Im Volksmund wird die Brücke seither „Kanonenbrücke“ genannt. Seit Januar 2019 prüft die Stadt Wendlingen, ob die Brücke saniert werden soll, damit wieder Autos und Lkw über sie rollen können.



Christian Turrey,
Beisitzer im Vorstand von
pax christi Rottenburg-Stuttgart



Neuaufgabe der Broschüre gewaltfrei wirkt

2015 erschien die Broschüre „Fünfundfünfzig Erfolge für die Gewaltfreiheit“ mit Beispielen für die konstruktive Bearbeitung von Konflikten durch aktive Gewaltfreiheit aus den vergangenen 100 Jahren erstmals in deutscher Sprache. Im Februar 2020 wurde nun eine aktualisierte Auflage veröffentlicht.

Erfolge der Gewaltfreiheit

Wer kennt das nicht? Ist man in Diskussionen mit Bekannten, Freund*innen oder in der Familie und setzt sich, wenn es um die Konflikte und Kriege unserer Zeit geht, für eine Beilegung durch gewaltfreie Methoden und Wege ein, wird man oft milde belächelt oder als realitätsfern bezeichnet. Dabei ist durch die Friedensforschung längst bestätigt, dass gewaltfreie Kampagnen doppelt so erfolgreich sind wie bewaffnete (darin: vgl. Erica Chenoweth und Maria Stephan, 2011). Mit den inzwischen 61 Beispielen für erfolgreiche gewaltfreie Konfliktbearbeitung gibt es nun eine hervorragende Argumentationshilfe. Folgend zwei neuere Beispiele aus der Broschüre:

2018 –2019 Äthiopien

Nach jahrelangen Protesten im ganzen Land tritt Äthiopiens Ministerpräsident zurück. Abiy Ahmed wird als erstes Mitglied seiner Ethnie zum Nachfolger gewählt. Er leitet einen Reformkurs ein, hebt den Ausnahmezustand auf, besetzt die Hälfte aller Ministerien mit Frauen und entlässt politische Gefangene. Abiy nimmt diplomatische Beziehungen zum verfeindeten Eritrea auf und kündigt an, den von den Vereinten Nationen vorgeschlagenen Grenzverlauf umzusetzen.

2019 Russland

Der russische Journalist Iwan Golunow wird unter zweifelhaften Anschuldigungen inhaftiert; anschließend mit schweren körperlichen Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Drei große Zeitungen titeln: „Ich bin/wir sind Iwan Golunow“ – eine bislang beispiellose Aktion in Russland. Wenige Tage später stellt die russische Justiz ihre Ermittlungen gegen Golunow ein.



Zugegeben, diese und andere Erfolge der Gewaltfreiheit aus der Broschüre alleine lassen noch keine Welt ohne Waffen und Kriege entstehen. Dennoch: Sie sind Quelle der Inspiration und realer Beweis dafür, dass die Bewältigung von Konflikten im Sinne aktiver Gewaltfreiheit möglich ist. Gewaltfreies Handeln kann viele Facetten haben, vom Engagement gegen Rüstungsexporte (siehe Aktion Aufschrei, S. 16) über die Unterstützung gewaltfreier Aktionen gegen Besatzung und Mauer in Palästina (siehe unser Projekt mit Stop the Wall, beiliegender Flyer) bis hin zu gewaltfreier Kommunikation im sozialen Nahraum – pax christi Rottenburg-Stuttgart widmete sich letzterem im Juni 2019 im Rahmen eines Workshops „Gewaltfreie Kommunikation verstehen und trainieren“. Eine Fortsetzung ist für Herbst 2020 geplant.

Die Broschüre kann von der Geschäftsstelle angefordert werden und steht auch zum Download auf der Homepage zur Verfügung.

Sabine Seebacher

Termine

April 2020

11.04. Ostermarsch Stuttgart

13.04. Internationaler Bodensee-Friedensweg

18.04. friedens räume Lindau: Saisonöffnung mit Matinée zur Einführung in den neu konzipierten Hörraum

Mai 2020

08.05. 19:00 – 21:00 Uhr Werte.Grenzen.Europa? Fragen zu Migration und aktuellen Herausforderungen an EU-Abgeordnete. Droht das „Friedensprojekt Europa“ zu scheitern? Haus der Katholischen Kirche, Königstraße 7, Stuttgart

09.05. 10:00 – 16:00 Uhr pax christi Studientag zum Schwerpunktthema Nahost – wird verschoben

Juni 2020

06.06. Büchel – 3. Ökumenischer Aktionstag für ein weltweites Atomwaffenverbot (Busfahrt ab/bis Stuttgart möglich)*

Juli 2020

18.07. pax christi Pilgertag am Bodensee*

* Ob die Veranstaltungen stattfinden können wird je nach Lage kurzfristig bekannt gegeben.

ABGESAGT

ABGESAGT

Nicht alles ist abgesagt ...



Frühling ist nicht abgesagt
Freundschaft ist nicht abgesagt
Liebe ist nicht abgesagt
Gespräche sind nicht abgesagt
Menschenrechte sind nicht abgesagt

Solidarität ist angesagt
Nächstenliebe ist angesagt
Hoffnung geben ist angesagt
Beten und Vertrauen sind angesagt
FRIEDE – pax christi ist immer angesagt!

Weitere Informationen zu Terminen und Veranstaltungen immer aktuell unter www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de und auf Facebook unter www.facebook.com/Pax-Christi-Baden-Württemberg-1779870875459957.de Newsletter abonnieren: kurze E-Mail mit dem Betreff „Anmeldung Newsletter“ an paxchristi-rs@bo.dr.s.de (Ihre E-Mail-Adresse wird ausschließlich zu diesem Zweck verwendet.)

Impressum

Herausgegeben von

pax christi
Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart
Jahnstraße 30
70597 Stuttgart (Degerloch)
Tel: (0711) 9791-4841/4842
E-Mail: paxchristi-rs@bo.dr.s.de
www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Geschäftsführer und Referent für Friedensbildung:

Richard Bösch (Adresse wie oben)

Vorsitzende:

Wiltrud Rösch-Metzler
Burgauer Straße 7
70567 Stuttgart
Tel: (0711) 2626720
paxchristi@roesch-metzler.de

Geistliche Beirätin:

Irmgard Deifel
Herrenbergerstraße 7/3
72070 Tübingen
irmgard.deifel@t-online.de

Geistlicher Beirat:

Norbert Brücken
Ebnestraße 38
72766 Reutlingen
norbert.bruecken@web.de

Bankverbindung:

Pax-Bank eG
IBAN: DE09 3706 0193 6031 9140 17
BIC: GENODED1PAX

Redaktion:

Richard Bösch, Sabine Seebacher, Christian Turrey,
(Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder)

Gestaltung:

Scharmant Design, www.scharmant.de

Druck:

Druckhaus Stil, Stuttgart
Gedruckt auf Recyclingpapier das mit dem „blauen Engel“ ausgezeichnet ist.

Versand:

Neckartalwerkstätten, Stuttgart

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 900 Exemplare

Bildquellen:

Titelseite: Benedikt Pfann; S. 3: Pax Christi International; S. 4: Renate Wanie; S. 5 oben+unten: Renate Wanie; S. 6: pixabay.com; S. 7 unten links: Wolfgang Kessler, rechts: Claudia Rothenberger; S. 8: Freunde von Sabeel Deutschland; S. 9 oben: pixabay.com, unten: Irmgard Deifel; S. 10: Other Voice; S. 11 links: Richard Bösch, rechts: Evangelisch-Lutherische Schule Talitha Kumi; S. 12/13: Kampagne „Unter 18 nie!“; S. 15 oben rechts: gemeinfrei / Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin; Mitte: Everett Historical / shutterstock.com, unten: Christian Turrey; S. 16 Hintergrund: pixabay.com, Mitte: Aktion Aufschrei; S. 17 links: Haus der Geschichte, rechts: Manuela Pfann, unten: Christian Turrey; S. 18 unten: pax christi Deutsche Sektion; S. 19 Grafik Heike Scharm; Rückseite: jeweils privat: Judith Dirk, Karl-Heinz Wiest und Sina Elsässer; © Grafik: Ute Begemann, Fabian Wilczek

Für Großes braucht es viele.

Menschen machen Frieden – mach mit !

FRIEDEN




„Zu pax christi bin ich gekommen, als wir uns gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa gewehrt haben. Ich habe bei pax christi Menschen getroffen, die sich mit Herz und Verstand für eine bessere Welt einsetzen und die auch in schwierigen Situationen die Hoffnung nicht aufgeben. Und deshalb bin ich pax christi treu geblieben.“

(Karl-Heinz Wiest)

„Wir haben uns für pax christi entschieden, weil Frieden nicht selbstverständlich ist. Für uns sind besonders gewaltfreie Kommunikation und gewaltfreies Handeln die Schlüssel für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten.“

(Sina Elsässer und Peter Wegerer)



„Ich bin bei pax christi, weil ich dort Gleichgesinnte treffe und ich mich perspektivisch für mehr Friedensbildung einsetzen möchte, da mir Frieden im Großen und im Kleinen sehr wichtig ist. Für mich speist sich die Friedensarbeit aus der Quelle des christlichen Glaubens.“

(Judith Dirk)

